

GESUNDHEIT IST KEINE WARE

Unser Leben ist wichtiger als ihr Profit

Die neoliberale Globalisierung ist eine Kapitaloffensive. Sie macht die sozialen Sicherungen und Schutzbestimmungen als »Investitionshindernisse« verächtlich und will sie auf ein Minimum herunterdrücken – auch im Gesundheitswesen. Ihr Allheilmittel heißt »ungezügelter Wettbewerb«, und sie verordnen ihn als verschärfte Konkurrenz für die abhängig Beschäftigten. Angestrebt sind – sozusagen als »Standortvorteil« – nur noch die notdürftigsten Normen sozialer Absicherung. Dazu gehört wachsende Ungleichheit – wie im US-amerikanischen Modell soll ein unteres Drittel von Armen weitgehend aus der Daseinsfürsorge amputiert werden.

Wer die Denkschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) »Gesundheitswesen modernisieren und bezahlbar machen« vom Oktober 2001 liest, stellt fest, dass die organisierte Unternehmerschaft die Richtlinien der Politik bestimmt. Das in diesem Papier enthaltene »10-Punkte-Programm« zur »Reform« des Gesundheitswesens ist die Blaupause für die etablierten politischen Parteien von der CDU und der FDP bis hin zur SPD und den Grünen, die sich alle nur noch im Rahmen der neoliberalen Dogmen bewegen. Die einzige Ausnahme ist die PDS, die ihrerseits aber immer mehr dem Druck zur Anpassung nachgibt.

Schon heute spielen Markt- und Profitekriterien eine große Rolle im Gesundheitswesen, schon heute werden die Pflichtversicherten schlechter behandelt als die besser verdienenden Privatversicherten. Doch das genügt den Herren vom Kapital und den in ihren Diensten stehenden Politikern nicht. Sie wollen, wie in den anderen Bereichen der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Dienstleistungen, möglichst viele der verbleibenden Elemente von Solidarität weiter zurückdrängen und der privaten Plusmacherei und der Ungleichbehandlung je nach Einkommen möglichst viel Raum schaffen.

Wir stellen fest: 8 Millionen Privatversicherte und weitere 7,5 Millionen privat Zusatzversicherte genießen in den Kliniken Privilegien – aufwendigere Betreuung und komfortablere Unterbringung. Der Dienstleistungsanteil auf einer Station 1. Klasse ist um 25% höher als auf Regelleistungsstationen. Die Privatversicherungen kaufen für ihre Kunden im Durchschnitt pro Jahr für 3400 Euro Gesundheitsleistungen ein. Für die Versicherten und familiär Mitversicherten der gesetzlichen Krankenversicherung werden dagegen pro Jahr nur 2250 Euro ausgegeben!

Natürlich wollen die Besserverdienenden möglichst kompetent behandelt und möglichst gut betreut werden. Die Profitgeier wittern hier ein Riesenpotenzial für ein weiteres Riesengeschäft. Mit welchem Recht aber nimmt man an, dass nur die Gutverdienenden solche Wünsche haben? Wir sind gegen Privatbetten und privat liquidierende Chefärzte in öffentlich geförderten Krankenhäusern. Wir sind dafür, dass die medizinische Forschung den Privatlabors der Pharmariesen entrissen und in den öffentlichen Universitäten durchgeführt wird.

Unsere Vorschläge lauten:

■ Die Gesundheitsversorgung ist eine vorrangige gesellschaftliche Aufgabe, der unsinnige und schädliche Ausgaben wie für Rüstung und für Unternehmersubventionen geopfert werden müssen. Ziel ist eine umfassende Versorgung, die sich an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert, am Interesse der Heilung, der Linderung und der Hebung der Lebensqualität, und an sonst nichts.

■ Die Gesundheitsversorgung muss als öffentliche Dienstleistung verstanden und organisiert werden. Das Streben nach privatem Profit muss aus diesem Bereich verbannt werden. Dies bedeutet auch die Abschaffung der Praxen als profitorientierte Unternehmen und ihre Ersetzung durch Ambulatorien mit angestellten Ärzten.

■ Die Gesundheitsversorgung muss allen ohne Unterschied in gleicher Qualität zugute kommen. Es gibt keinerlei Rechtfertigung für eine schlechtere Versorgung derjenigen, die geringere Einkommen haben.

■ Die Kapitalseite darf sich nicht aus der paritätischen Finanzierung stellen. Wir sind daher für die Rücknahme aller Konterreformen in diesem Sinne. Auch Zins-, Miet- und Gewinneinkommen müssen zur Finanzierung der Krankenversicherung herangezogen werden. Vergessen wir nicht: Die »Arbeitgeberanteile« an der Finanzierung von Solidarkassen sind indirekter Lohn! Die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe könnte die Unternehmer zurück in die paritätische Finanzierung zwingen.

■ Erforderlich ist eine einzige, einheitliche und solidarische Krankenversicherung für alle. Beiträge zu dieser Krankenversicherung werden nur von Versicherten erhoben, deren Einkommen über die Sicherung ihrer Existenz und eines menschenwürdigen Lebens hinausgeht. Ab dieser Einkommenshöhe muss eine stark progressiv steigende Beitragsstaffel eingeführt werden. Die Bemessungsgrenze und die Möglichkeit der Flucht in Privatversicherungen werden abgeschafft. Kapitalisten und Reiche wären somit von einer gesellschaftlichen Partei zu normalen Menschen »degradiert«, die zur Finanzierung der Solidarkassen besonders viel beitragen, weil sie besonders viel haben.

■ Beim Streit um die Eindämmung der Kosten im Gesundheitswesen wird immer vergessen, dass Deutschland Hochpreisland für Pharmaprodukte ist. Da fängt der Profit mit dem Missbrauch des Menschenrechts auf Gesundheit an. Die Herstellung von Medikamenten und von Geräten und anderen Produkten für medizinische und therapeutische Zwecke muss dem Wirtschaften nach den Maßstäben des Profitstrebens entzogen werden. Ohne Vergesellschaftung dieses Teils der Produktion wird jede Reform bestenfalls eine unbefriedigende Halbheit bleiben.

Vergesellschaftete Unternehmen und öffentliche Dienstleistungen stehen heute – durchaus aufgrund realer Erfahrungen – im Geruch der Ineffizienz und der schlechten Qualität. Daran knüpfen die Unternehmerverbände und die neoliberalen Ideologen an. Sie versprechen »mehr Wahlfreiheit« und »bessere Leistungen«. Doch je mehr der Markt einen Bereich beherrscht – und dies unter Bedingungen der Dominanz einiger weniger großer Kapitalgruppen –, desto teurer werden Wahlfreiheit und Qualität; unerreichbar für diejenigen, mit denen kein Geld zu verdienen ist, weil sie zu wenig davon haben. Wo nichts verdient werden kann, werden stattdessen Frauen mit ihrer unbezahlten Sorgearbeit als Lückenbüßer herangezogen.

Dagegen setzen wir die Forderung nach einer wirklich demokratischen Selbstverwaltung der Krankenversicherung, der Krankenhäuser, der Pharmaindustrie und des Gesundheitswesens insgesamt, paritätisch durch die Beschäftigten dieser Bereiche und die Versicherten. Nur so können zugleich die Arbeitsbedingungen wie die Leistungen für die Versicherten systematisch verbessert werden.

Eine umfassende Prävention gegen die verbreitetsten Erkrankungen und Beschwerden erfordert zudem einen völligen Umbau der Gesellschaft, einen raschen Abbau aller die Gesundheit und die Umwelt schädigenden Produktionen und Produktlinien, eine völlige Umgestaltung des urbanen und des ländlichen Raums, so dass Erwerbsarbeit, Wohnen und vielseitige Freizeitbetätigung für alle in nächster Nähe und in gesundheitsförderlicher Umgebung erreichbar sind, was auch einen großen Teil des ökologisch, ökonomisch und von der Lebensqualität her kontraproduktiven Personenverkehrs einsparen würde.

Eine solche umfassende Reform wäre ein Schritt von der marktförmig – und damit unmenschlich – vergesellschafteten Menschheit zu einer endlich menschlichen Gesellschaft.

isl
internationale sozialistische linke

SoZ Sozialistische Zeitung
Die SoZ bringt jeden Monat Berichte und Analysen zum täglichen kapitalistischen Irrsinn und steht für eine demokratische sozialistische Alternative
Kostenlose Probeausgaben bestellen!
Bestellung an: SoZ-Verlag, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · <redaktion@soz-plus.de> · <www.soz-plus.de>

Kontakt: *internationale sozialistische linke (isl) c/o SoZ-Verlag, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln*
<isl@die-welt-ist-keine-ware.de> · <www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl> · V. i. S. d. P.: Angela Klein, c/o SoZ-Verlag